

## Die Kritik am Entwurf einer neuen EU-Urheberrechtsrichtlinie in der Kritik

*Würdigung der gängigen Kritikansätze anhand des Richtlinien-textes (und dessen Erläuterungen).*

Von ass. jur. Markus Hassold, Stuttgart,  
(Musiker, freischaffender Dozent, Musikproduzent)

Inzwischen liegt ein im Trilog abgestimmter Text der geplanten Urheberrechtsrichtlinie der EU „*Proposal for a DIRECTIVE OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL on copyright in the Digital Single Market*“ (Nachfolgend Richtlinie genannt - andere Richtlinien sind nur gemeint, wenn ausdrücklich gekennzeichnet) vor, der in der Öffentlichkeit aus allen Richtungen heftige Kritik erfährt.

Im Folgenden will ich auf die gängigen Kritikpunkte an der geplanten Richtlinie eingehen. Dies insbesondere mit Blick auf die Behauptung der Kritiker, die Richtlinie würde das Internet, wie wir es kennen, signifikant verändern. Sie sind im Wesentlichen auf die folgenden acht Hauptmerkmale zusammen zu fassen, die in dieser oder in anderer Form immer wieder Gegenstand der Diskussion sind. Auf andere Argumente, die erkennbar auf grober Unkenntnis des Urheberrechts, des Wesens von Verwertungsgesellschaften oder der Verwertungsketten in der Kreativwirtschaft beruhen, will ich hier nicht eingehen. Auch Vorwürfe an der in Artikel 11 des Richtlinien-Entwurfs getroffenen Regelung zum Presse-Leistungsschutzrecht will ich hier ausklammern.

Es handelt sich bei meiner Betrachtung nicht um eine wissenschaftliche Arbeit, weshalb ich auf Quellenangaben für juristische Einschätzungen überwiegend verzichte - im Wesentlichen schöpfe ich diese aus meiner präsenten juristischen Kenntnis.

Ich nehme hierbei Bezug auf den inzwischen im COREPER abgestimmten letzten Kompromiss aus dem Trilog. Mir liegt ein Text des Richtlinien-Entwurfs vor, der mit der Bezeichnung „*Draft-Copyright-in-DSM-Directive-Final-compromise-text-as-sent-to-COREPER*“ im Umlauf ist. Sämtliche Zitate aus der Richtlinie beziehen sich auf dessen Formulierungen. Der Text dürfte mindestens insoweit noch Überarbeitung

erfahren, als redaktionelle Fehler noch nicht vollständig bereinigt sind (so enthält der Entwurf beispielsweise zweimal den Art. 16 a).

Im Einzelnen setze ich mich mit folgenden Vorwürfen auseinander:

- I. Die Richtlinie würde die Plattformen zur Errichtung von „Uploadfiltern“ zwingen.
- II. Memes und andere liebgewonnene ‚user-generated‘-Inhalte würden durch die Richtlinie zukünftig nicht mehr hochgeladen/verwendet werden können.
- III. Die Richtlinie brächte kleinere Webseiten und Foren in wirtschaftliche Schwierigkeiten, weil diese die Kosten für die Technologie der in Artikel 13 mittelbar angeordneten „Uploadfilter“ nicht würden tragen können.
- IV. Durch die Errichtung von „Uploadfiltern“ werde eine Zensur-Zensur-Infrastruktur aufgebaut.
- V. Die Automatische Blockierung von Uploads durch „Uploadfilter“ greife in die Meinungsfreiheit ein, weil durch false-positives und Overblocking erlaubte Inhalte - insbesondere solche, die unter Verwendung geschützter Drittmaterialien in Anwendung von Urheberrechtsschranken erstellt wurden, nicht mehr im Internet veröffentlicht werden könnten.
- VI. Uploader seien durch die Richtlinie nicht aus der Haftung entlassen.
- VII. Die Richtlinie verfolge nur die Interessen der Medien-Giganten - die Künstler und Kreativen würden hiervon ohnehin nicht profitieren.
- VIII. Die Bundesregierung breche den Koalitionsvertrag, indem sie dort ausgeschlossenen „Uploadfiltern“ zustimmt.

Um zu überprüfen, ob die Kritik an der Richtlinie stichhaltig ist, gilt es also zu untersuchen, wie die in den acht Vorwürfen genannten Problemfelder von der Richtlinie tatsächlich geregelt werden.

Zentrale Vorschrift ist hierbei der Artikel 13, der bislang nur in Englischer Sprache vorliegt. Sein Text und eine Übersetzung sind am Ende des Textes abgedruckt. Hierauf nehme ich nachfolgend Bezug.

## I. Der Zwang zur Errichtung von „Uploadfiltern“

Art 13 sieht in seinem § 4 (b) vor, dass die betroffenen Online-Content-Sharing-Diensteanbieter „nach den hohen Branchenstandards der professionellen Sorgfaltspflicht alles unternommen haben“, um die Nichtverfügbarkeit des jeweiligen Werks (und anderer Gegenstände), für den Fall zu gewährleisten, dass keine Lizenz für deren Nutzung erworben wurde.

So gesehen ist zwar durchaus eine Pflicht zu erkennen, Inhalte, die nicht für die Veröffentlichung im Internet freigegeben sind, auch zu sperren. Allerdings haben die Rechteinhaber den betroffenen Diensteanbietern die erforderlichen Informationen zur Verhinderung weiterer Uploads zur Verfügung zu stellen. Hierbei dürfte es sich um Hash-Werte oder digitale Wasserzeichen handeln – möglicherweise auch komplette Medien-Dateien, die zum Abgleich verwendet werden. Da aber bereits der Begriff des „Uploadfilters“ nicht wirklich definiert ist, kann ich an dieser Stelle nur Ausführungen dazu machen, welche Maßnahmen die Neuregelung erforderlich machen würde. Ob diese hingegen einen „Uploadfilter“ darstellen, oder nicht, ist eine Frage des entsprechenden Framings.

Hierbei ist, wie gesagt, bemerkenswert, dass sich aus der Richtlinie eine Obliegenheit für die Rechteinhaber ergibt, mit dem Online-Content-Sharing-Diensteanbieter in Kontakt zu treten, selbst wenn er ja eigentlich nur ahnen kann, dass dessen Nutzer möglicherweise dort seine geschützten Werke hochladen würden. Ohne dieses Bereitstellen notwendiger „Informationen“ (es handelt sich wohl in der Praxis um Dateien zur Erstellung eines digitalen Fingerprints oder eines Abgleichmusters), kann der Recht-

einhaber eine Entschädigung mangels einschlägiger Pflichtverletzung vermutlich nicht erlangen.

Die sich aus § 4 (b) ergebende Sperrpflicht wird noch weiter relativiert. Denn Art. 13 § 7 des Richtlinienentwurfs lautet:

*The application of the provisions in this article shall not lead to any general monitoring obligation.*

Übersetzung:

*Die Anwendung der Bestimmungen dieses Artikels soll zu keiner allgemeinen Überwachungspflicht führen.*

Wo keine generelle Überwachungspflicht besteht, ist ein Filtern wohl auch nicht zwingend. Dies hat möglicherweise auch Konsequenzen für eine etwaige Haftung und Schadensersatzpflicht der Online-Content-Sharing-Diensteanbieter. Wo keine Pflicht, da keine Pflichtverletzung - wo keine Pflichtverletzung, da kein Schadensersatzanspruch. Hier wird zumindest einiges an Klärungsbedarf durch die nationalen Gesetzgeber und im Anschluss durch die Europäischen Gerichte entstehen.

Die Haftung der Plattformen wird durch den § 4a zu Art. 13 aber noch einmal weiter eingeschränkt.

Dort ist nämlich geregelt, dass bei der Feststellung, ob der Service seinen Verpflichtungen aus Paragraph 4 nachgekommen ist, folgende Punkte unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit eine Rolle spielen sollen: die Art, das Publikum und die Größe der Dienste sowie die Art der Werke oder sonstigen Inhalte, die von den Nutzern hochgeladen werden. Zudem soll auch die Verfügbarkeit geeigneter und wirksamer *Mittel* und deren Kosten für die Dienstleister berücksichtigt werden sollen.

Der Kostenaufwand für einen Online-Content-Sharing-Dienst, der klein oder finanzschwach ist, müsste wohl als zu hoch, und demnach auch als unverhältnismäßig im Sinne der Richtlinie angesehen werden.

Die Online-Content-Sharing-Dienste sind zwar in der Haftung, wenn sie unlizenzierte Inhalte nicht identifizieren und gegebenenfalls sperren, diese Haftung berücksichtigt aber, dass eine allgemeine Überwachungspflicht nicht gemeint sein soll, und dass der hierfür zu treibende Aufwand unter dem Vorbehalt der Verhältnismäßigkeit steht.

Es ist also nicht davon auszugehen, dass jede Plattform eine automatisierte Sperrung im Sinne eines „Uploadfilters“ einrichten muss, um Haftungsrisiken auszuschließen. Diese müssten jedenfalls - so sie technisch eingerichtet werden, nur solche geschützten Werke berücksichtigen, deren Identifizierung durch Mitwirkungshandlungen der Rechteinhaber bereits ermöglicht wurde.

Es ist durchaus denkbar, dass somit auf technischem Wege (also automatisiert) Inhalte vom Upload erst einmal ausgeschlossen werden könnten. Da andererseits ein effektiver Rechtsschutz gegen Overblocking nach Paragraph 8 gewährleistet werden muss, dürfte es sich nur um vorübergehende Sperrung bis zur Klärung handeln, wenn die Technik nicht eindeutig den Inhalt als Duplikat eines geschützten, aber nicht lizenzierten Inhalts erkennen kann.

Da Paragraph 8 des Art. 13 hier (also im Nachhinein) auch die Begutachtung durch einen Menschen vorsieht, ist zu erwarten, dass eine schnelle Überprüfung klare Fälle von Schrankennutzungen auch erkennen wird und diese Uploads freigegeben werden. Von einer dauerhaften Sperrung ist also nicht auszugehen. Denn die drohende Inanspruchnahme gerichtlicher Hilfe durch fälschlicherweise gesperrte Uploads kann ja ihrerseits für die Plattformen ebenfalls erhebliche Kosten verursachen und ebenfalls zu

Schadenersatz aus § 280 BGB verpflichten, immerhin handelt es sich zwischen Nutzer und Plattform in jedem Fall um eine vertragliche - wenn auch unentgeltliche - Rechtsbeziehung.

Dadurch ändert sich allerdings nichts an der Zielrichtung der Regelung, nämlich, dass Inhalte, die ein Nutzer nach geltendem Urheberrecht nicht hochladen darf, am Ende auch nicht hochgeladen werden können sollten. Die Anzahl solcher Inhalte allerdings dürfte durch die Lizenzierungsbemühungen der Plattformen sinken. Lediglich Inhalte, für die andere Vermarktungswege erfolgsversprechender sind, bleiben ihrem definierten Markt vorbehalten und sollen nicht auf den Plattformen der Online-Content-Sharing-Dienste geteilt werden können.

Festzustellen ist im Übrigen, dass die postulierten Pflichten beim Verfahren „notice und take/stay-down“ bereits jetzt durch geltendes Recht gegeben sind. Demgegenüber wird durch die Obliegenheiten der Rechteinhaber, lediglich die Voraussetzung einer bereits erfolgten Rechtsverletzung zu einer präventiven Voraussetzung der Anlieferung solcher geeigneter Informationen umgewandelt.

Zuletzt sind die in Artikeln 9 und 10 der Richtlinie genannten Änderungen der kollektiven Rechtswahrnehmung und Verhandlungswege zu berücksichtigen. Diese sind darauf ausgerichtet, die Lizenzierung möglicher Inhalte durch die Online-Content-Sharing-Dienste zu erleichtern. Hierzu dient insbesondere die in Art. 9a (Collective licensing with an extended effect) vorgesehene Erweiterung der Wahrnehmungsbefugnis der Verwertungsgesellschaften. Dort ist in Par. 1 vorgesehen, dass die Mitgliedsstaaten ihren Verwertungsgesellschaften das gesetzliche Recht einräumen können, auch Rechte von Rechteinhabern wahrzunehmen - und zu lizenzieren, die nicht Mitglied der Verwertungsgesellschaft sind oder auf andere Weise der Verwertungsgesellschaft die Rechte zur Wahrnehmung übertragen haben. Dieser Teil der Richtlinie muss aber nicht zwingend umgesetzt werden („Member States may provide“).

Für die Online-Content-Sharing-Dienste hätte dies den Vorteil, dass sie alle erforderlichen Rechte in einem One-Stop-Shop erwerben könnten. Dies wird für Autorenrechte sicher der Fall sein. Die Rechte der Tonträgerhersteller oder der Filmhersteller könnten aber natürlich auch Gegenstand solch kollektiver Wahrnehmung werden.

Für die Online-Content-Sharing-Dienste würde eine solche Regelung auch Rechtssicherheit bieten, denn entsprechend der Regelung des Deutschen § 49 VGG würde dann ebenfalls zu regeln sein, dass, soweit die Verwertungsgesellschaft Zahlungen auch für die Rechtsinhaber erhält, deren Rechte sie nicht wahrnimmt, sie den Lizenznehmer von den Vergütungsansprüchen dieser Rechtsinhaber freizustellen hat.

Entsprechende Regelungen des EXTENDED COLLECTIVE LICENSING haben sich in Skandinavien bereits etabliert und bewährt. Wenn sie neben die bestehenden Monetarisierungs-Systeme gestellt werden, können sie diese auf lange Sicht ersetzen. Dies ist insoweit bemerkenswert, als in der Diskussion über „Uploadfilter“ das Argument häufig verwendet wird, dass die Content-ID-Systeme der großen Plattformen auch missbraucht würden – insbesondere bei YouTube schon Fälle aufgetreten seien, dass User mit De-Monetarisierung bestraft worden wären. Es kann an dieser Stelle nicht geprüft werden, ob diese Vorwürfe zutreffen, jedoch wäre dem durch die neue Rechtslage der Boden ja gerade entzogen: Die Lizenzierung über die Verwertungsgesellschaften hat mit Gleichbehandlung zu erfolgen und ist gerichtlich kontrollierbar. Auch Uploader von User-Generated Content könnten davon Gebrauch machen. In der Praxis würde allenfalls mit Verständnis-Schwierigkeiten dahingehend zu rechnen sein, dass für einen Upload eines Mediums, das vom Uploader selbst geschöpft und gefertigt wird, eine Lizenz einer VG erforderlich sein würde. Diesen Widerspruch trifft man ja in der Musikwelt täglich an, dass auch für Künstler, die eigenes Repertoire aufführen vom Veranstalter eine Lizenz der GEMA eingeholt werden muss (sofern es sich nicht um nachweislich GEMA freies Re-

pertoire handelt). Das ist aber dem Wesen eines Treuhand-Geschäfts geschuldet und insoweit also auch kein echtes Problem.

Damit dürften Lizenzierungslücken ausgeschlossen sein, da sich ausschließlich diejenigen Rechteinhaber einer Lizenzierung verweigern werden, die eine Lizenzierung an die Online-Content-Sharing-Dienste ablehnen. Dafür müssen sie aber entsprechend aktiv werden und die Filterung ihrer Werke durch Online-Content-Sharing-Dienste aktiv betreiben und veranlassen.

Zusammenfassend kann man die Frage nach „Uploadfiltern“ wie folgt beantworten:

- Es wird in großem Stil Lizenzierungen geben, sodass der Upload des Standard-Repertoires mit Sicherheit unproblematisch und ohne jede Filterung weiter möglich sein wird.
- Einzelne Rechteinhaber, die von ihrem guten Recht Gebrauch machen, Online-Content-Sharing-Dienste aus ihrer Verwertungskette auszuschließen, sind mit der Obliegenheit belastet, diesen die notwendigen Informationen zur Identifizierung der entsprechenden Werke zu Zwecken der Filterung zukommen zu lassen. Diese Obliegenheit ist mit Aufwand seitens des Rechteinhabers verbunden und wird insofern auch Auswirkungen auf die Wahrscheinlichkeit haben, mit der sich diese dem Streaming auf Online-Content-Sharing-Diensten als eine Säule der Einnahmequellen wirklich entziehen werden.
- In den verbleibenden Fällen ist mit einer „best practise“-Filterung zu rechnen und die Mechanismen zum Schutz der Nutzer vor Overblocking werden greifen. Dies wird aber dennoch die Ausnahme sein. Da z.B. nahezu alle Musik-Labels auch neue Produktionen bereits auf YouTube auswerten, wird sich die Nicht-Lizenzierung voraussichtlich auf Nischenprodukte („Vinyl statt Digital“) sowie selbstverständlich auf (neue) Spielfilme und TV-Serien beschränken, mit deren legaler Möglichkeit zum Upload aber niemand ernsthaft rechnen dürfte.



## II. Memes und andere liebgewonnene ‚user-generated‘-Inhalte

Bei sogenanntem User-generated-Content (UGC) handelt es sich um Inhalte, die von den Nutzern selbst aus fremden Inhalten zusammengefügt sind und somit eine Bearbeitung oder ein neues Werk im Sinne des Urheberrechts darstellen. Dazu gehören die sogenannten „Mashups“ (Medienwerke, in denen mehrere fremde Werke so nahtlos kombiniert werden, dass sie zusammen einen neuen Inhalt darstellen), „Remixe“ (Musikwerke, die Elemente vorbestellender Aufnahmen verwenden und - wenngleich oft unter Ausnutzung deren Wiedererkennungswertes - als neues Werk anzusehen sind) und sogenannte „Memes“ (Fotos oder Bilder, die mit einem Textbestandteil versehen zu Zwecken des Kommentierens, Parodierens oder Illustrierens verwendet werden).

Die Richtlinie enthält in der Tat keine explizite Ausnahme für UGC. Für diese Werke ist allerdings die Regelung des Art. 13 Paragraph 5 anzuwenden, jedenfalls soweit nicht bereits eine Schranke des Urheberrechts genutzt werden kann (wie etwa die freie Nutzung im Sinne des § 24 UrhG [nicht bei Musik], das Zitatrecht aus § 51 UrhG oder die Nutzung als unwesentliches Beiwerk aus § 57 UrhG) -.

Danach sind derartige Nutzungen - auch ohne Inanspruchnahme einer Urheberrechtsschranke des nationalen Urheberrechts - nach der Richtlinie privilegiert, wenn sie als Zitat, Kritik oder Besprechung verwendet werden oder eine Verwendung zum Zwecke der Karikatur, Parodie oder der Nachahmung vorliegt.

Es ist durchaus denkbar, dass eine solche Ausnahme im Einzelfall auch bei Mashups greifen kann - Mashups und Remixe sind aber generell genau zu betrachten und dürften im Regelfall weiterhin genehmigungspflichtig sein. Dafür dürften Memes im Regelfall die Verwendung eines Bildes zum Zwecke der Karikatur oder Parodie darstellen. Ebenso dürfte das Kriterium „parodistisches Nachahmen“ von Figuren, Formaten o.ä.

einer Verletzung von Urheberrechten (und damit einer Lizenzpflicht) bei der Verwendung von Fernsehsendungs-, Serien- oder Filmformaten oder Figuren für eigene Parodien entgegenstehen.

Somit ist ein Schutz für Mashups, insbesondere aber für Memes zu erkennen - auch andere Parodieformen erfahren durch die Neuregelung Rechtssicherheit. Die Mitgliedsstaaten müssen nun auch erst aufgrund dieses Richtlinien-Entwurfs verpflichtend diese Schranken implementieren, die „UGC“ (Memes, Gifs etc.) zum Zwecke der Parodie oder als Zitat, Review oder Kritik erlauben (diese mussten bislang aufgrund einer optionalen Regelung in der Infosoc-Richtlinie von den Mitgliedstaaten nur optional umgesetzt werden).

Diese Implementierung in dem Richtlinien-Entwurf trifft damit aber auch eine Abwägung zu Ungunsten der Interessen der Rechteinhaber, die ja keine neue Schranke einführen wollten.

Dass diese Schranke im Endeffekt nicht jeder denkbaren Form von UGC zugute kommt, schmälert nicht, dass es sich hier um eine Verbesserung der Rechtslage für die Nutzer der Plattformen handelt, die Ersteller eigener Inhalte sind. Diese Verbesserung fiele weg, würde die Richtlinie nicht erlassen.

### **III. Die Behauptung, die Richtlinie brächte kleinere Webseiten und Foren wegen der Kosten für die notwendige Technologie in wirtschaftliche Schwierigkeiten**

Die Frage, ob kleine Netzangebote hier betroffen sind, ist leicht zu beantworten, wenn man genau betrachtet, an wen sich die Pflichten des Art. 13 richten: Dort sind alleine die „Online Content Sharing Service Provider“ adressiert. Andere Netzangebote treffen also keinerlei Pflichten aus Art.

13 der Richtlinie. Für diese gilt weiter die bestehende Rechtslage<sup>1</sup>.

Art. 2 Absatz (5) der Richtlinie bietet die folgende Definition des „Online Content Sharing Service Provider“:

*[.....] a provider of an information society service whose main or one of the main purposes is to store and give the public access to a large amount of works or other subject-matter uploaded by its users which it organizes and promotes for profit-marketing purposes.*

Übersetzung:

[...] ein Anbieter eines Informationsgesellschaftsdienstes, dessen Hauptzweck oder einer der Hauptzwecke darin besteht, eine große Anzahl von Werken oder sonstigen von seinen Nutzern hochgeladenen Werken zu speichern und der Öffentlichkeit den Zugang zu ihnen zu ermöglichen, was er für gewinnorientierte Zwecke organisiert (aufbereitet) und bewirbt.

Sind Diskussionsforen also davon erfasst?

Dazu müsste es schon der Hauptzweck (oder einer der Hauptzwecke) eines Diskussions-Forums sein, vom Nutzer hochgeladene und dort für andere Nutzer abspielbereit gehaltene Werke in der Weise zugänglich zu machen, dass damit eine Bewerbung für gewinnorientierte Zwecke eröffnet wäre.

Regelmäßig sind in Diskussionsforen allenfalls Videos eingebettet, die eine etwaige Werbe-Einblendung nicht vom Forenbetreiber erhalten, sondern bereits von einem anderweitig verwendeten Videohosting-Dienst

---

<sup>1</sup> So z.B. § 10 TMG, Artikel 14 Absatz 1 der Richtlinie 2000/31/EG [e-commerce-Richtlinie]

(Online-Content-Sharing-Dienst, z. B. von YouTube). Diese Art der Wiedergabe (Framing) stellt jedoch keine neue öffentliche Wiedergabe dar<sup>2</sup>. Damit ist also auch ein urheberrechtliches Nutzungsrecht für eine solche Verwendung gar nicht erforderlich. Eine Haftung für solche Videos sieht die Rechtsprechung nämlich ausschließlich dann, wenn die Werke bereits auf der verlinkten Seite nicht mit Zustimmung des Rechteinhabers hochgeladen waren<sup>3</sup>. Der Europäische Gerichtshof hat hierbei allerdings eine Einschränkung vorgenommen, als er die Frage beantwortete, ob das Setzen von Hyperlinks auf eine Website zu geschützten Werken, die auf einer anderen Website ohne Erlaubnis des Urheberrechtinhabers frei zugänglich sind, eine „öffentliche Wiedergabe“ im Sinne dieser Bestimmung darstellt. Nach dem EuGH sei hierfür entscheidend, ob die Links ohne Gewinnerzielungsabsicht durch jemanden bereitgestellt wurden, der die Rechtswidrigkeit der Veröffentlichung der Werke auf der anderen Website nicht kannte oder vernünftigerweise nicht kennen konnte, oder ob die Links vielmehr mit Gewinnerzielungsabsicht bereitgestellt wurden, wobei im letzteren Fall diese Kenntnis zu vermuten ist<sup>4</sup>.

Für Forenbetreiber gilt hier allerdings - weil sie bereits die Definition des Art. 2 Abs. (5) nicht erfüllen, weiterhin Art. 14(1) der Richtlinie 2003/31/EC. Danach ist der Diensteanbieter nicht für die im Auftrag eines Nutzers gespeicherten Informationen verantwortlich, sofern er keine tatsächliche Kenntnis von der Rechtswidrigkeit des Uploads hat. (woher sollte auch die Zurechnung der nur vermuteten Kenntnis des Linksetzers rühren?)

Forenbetreiber, die eigene Speicherung und Streaming-Möglichkeiten anbieten (z.B. Bildergalerien), sind auch nur dann erfasst, wenn sie großen Mengen von Medien vorhalten, und sie hierbei zusätzlich gewinnorientiert vorgehen - also z.B. Werbung aufschalten.

---

<sup>2</sup> BGH, Urteil vom 9. Juli 2015 - I ZR 46/12

<sup>3</sup> BGH a.a.O.

<sup>4</sup> EuGH Urteil vom 8. September 2016, C-160/15

Finanziert sich ein Forum, das Inhalte mit eigener Infrastruktur vorhält und zum Abspielen bereithält, mit Bannerwerbung, wäre die Annahme, es handle sich um einen „Online Content Sharing Service Provider“ also nur dann begründet, wenn sich das Teilen solcher Inhalte als ein hauptsächlichlicher Zweck („main or one of the main purposes“) des Forenbetriebs darstellt. In den meisten praktischen Fällen liegt dies hingegen nicht vor. Entweder, weil gar kein eigenes Hosting vorgenommen wird, sondern die Videos anderweitig gehostet werden und im Forum nur „embedded“ sind, oder weil eben keine Werbung dem Content so zugeordnet ist, dass man diese Nutzung als wirtschaftlichen Zweck des Forums – geschweige denn als Hauptzweck - erkennen kann.

Dezidierte Video-hosting- und Upload-Services, die kommerziell arbeiten, sind allerdings von der Definition des Art. 2 Abs. 5 des Richtlinien-Entwurfs erfasst. Auf die Ausschaltung von Werbung kommt es nicht an - diese ist nur ein Indiz für die kommerzielle Nutzung.

Sollte es aber einen derartigen Service geben, der keinerlei Modell zur Erzielung von eigenen Einnahmen betreibt, wäre dieser bereits wegen des Fehlens der Gewinnerzielungsabsicht überhaupt nicht von der Definition des Art. 2 Abs. (5) erfasst.

Es ist davon auszugehen, dass die Rechtslage für alle nicht von Art. 2 Abs. 5 erfassten Online-Content-Sharing-Dienste weiterhin nach Art. 14(1) der Richtlinie 2003/31/EC (in Deutschland nach § 10 TMG) zu beurteilen ist.

Im Ergebnis kann man feststellen, dass es für kleine Internet-Angebote wie Foren, Wikis, nicht-kommerzielle Webseiten etc. keinerlei negative Veränderungen durch die Richtlinie gibt. Auf die Ausgestaltung der Startup-Regel (Art. 13 Par. 4aa) kommt es hier nicht im Geringsten an. Diese betrifft allein Online Content Sharing Service Provider und es erscheint durchaus sachgerecht, dass es einem Startup, dessen Hauptzweck ist,

fremde Rechte zu Geld zu machen, zugemutet wird, diese auch zu lizenzieren. Warum ein solches Unternehmen dies nicht bereits von Anfang an tun sollten, ist indes fraglich.

#### **IV. Die Behauptung, durch die Errichtung von „Uploadfiltern“ werde eine Zensur-Infrastruktur aufgebaut**

Es kann nicht unter rechtlichen Aspekten geprüft werden, ob eine Solche Infrastruktur aufgebaut wird.

Allerdings ist der Begriff der Zensur ein rechtlicher Aspekt.

Im Grundgesetz wird staatliche Zensur im Kontext der Pressefreiheit ausgeschlossen. Art. 5 Abs. 1 GG lautet:

*Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.*

*Abs. 2 richtet hierfür Schranken ein:*

*Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.*

Der Zensurbegriff in Art. 5 Abs. 1 S. 3 GG ist nach einhelliger Meinung im Sinne einer sogenannten Vorzensur zu verstehen. Hierbei handelt es sich um eine Schranke der Schranken des Art. 5 Abs. 2. Aus diesen Schranken darf im Nachhinein aber ein kontrollierendes und regulierender Einfluss

auf die Meinungsäußerung genommen werden. Damit einhergehend wird auch eine Selbstregulation der Meinungs-Subjekte bewirkt. Eine Vorabkontrolle verbietet sich jedoch.

Eine Sperrung von Inhalten nach inhaltlichen Kriterien beim Upload könnte eine Vorzensur darstellen - jedoch wird diese nicht von einer staatlichen Stelle ausgeführt. Der Grundrechtsschutz erschöpft sich aber im Schutz gegen staatliche Eingriffe.

Gleichwohl wäre eine Inhaltskontrolle Zensur im umfassenden Sinne des Begriffs - wenngleich nicht eine staatliche.

Allerdings ist anzumerken, dass dieser Begriff der Zensur einen inhaltlichen Abgleich geäußerter Meinungen auf politische, gesetzliche, sittliche oder religiöse Konformität voraussetzt.

Es ist nicht erfindlich, wie ein - wenn auch angenommen automatisierter. - Abgleich von Uploads mit geschützten Medieninhalten hier zu einer Zensur führen soll. Der Ausschluss der Möglichkeit fremde Werke zu verwenden führt nicht zu einer Einschränkung der Meinungsfreiheit, wenn diese gemäß Art. 5 Abs. 2 GG ja bereits selbst ihre Schranken in der Anwendung der allgemeinen Gesetze findet. Dazu zählt zweifellos das Urheberrecht.

Die Infrastruktur, die hier etwaig geschaffen werden könnte (so sich jemand für den Einsatz von „Uploadfiltern“ entscheidet) bedürfe jedenfalls noch zusätzlicher Implementierungen, um inhaltlich einzugreifen. Dass hierfür eine neue Infrastruktur nötig wäre, ist zumindest im Falle YouTube nicht erkennbar - und dass andere Anbieter hier nachziehen ist ebenfalls sehr theoretisch. Der Zensurvorwurf stützt sich daher auch auf das nachfolgende Argument.

## V. Die Automatische Blockierung von Uploads durch „Uploadfilter“ greife in die Meinungsfreiheit ein, weil durch false-positives und Overblocking erlaubte Inhalte unterdrückt werden

Dieser häufig geäußerte Vorwurf aus der Netzgemeinde dürfte weitgehend auch drauf gerichtet sein, dass Uploads unter dem Deckmäntelchen der Rechtsverletzung unterdrückt werden können, wenn die Inhalte dem Plattformbetreiber (oder einer dubiosen dahinter steckenden Macht?) nicht gefallen.

Es wird hierbei stets drauf verwiesen, die Internet-Giganten YouTube oder Facebook würden „missliebige“ Nutzer ja schon bereits unter derartigen Vorwänden De-Monetarisieren oder Sperren. Daher sei zu erwarten, dass die Einrichtung neuer „Uploadfilter“ diesem Treiben Aufwind geben werde.

Festzustellen ist überdies, dass der Upload gewisser Inhalte (z.B. vermeintlich sittenwidriger Videos) bereits jetzt schon durch Plattformen gefiltert und gesteuert wird. Dies findet allerdings im Rahmen der Community-Standards und des Hausrechts des Plattformbetreibers statt und folgt daher den von den Betreibern willkürlich aufgestellten Regeln.

Insofern muss auf die obigen Ausführungen zu Art. 13 Par. 8 verwiesen werden. Die Plattformbetreiber sehen sich durch die Richtlinie erstmals einem Rechtsschutz-System ausgesetzt, das neben der Verpflichtung zur Einrichtung eigener Prüf-Infrastrukturen ja auch klare Rechtsansprüche und die Möglichkeit der Überprüfung durch ordentliche Gerichte vorsieht.

Erlaubte Inhalte werden nun durch den Richtlinien-Entwurf nun also erstmals geschützt, auch wenn sie die Grenzen der jeweiligen Urheberrechtsschranken ausreizen sollten.

Wenn man den Vorwurf des Missbrauchs solcher bereits bestehender Techniken an die Plattformen bereits für die Gegenwart formuliert, ist die



Ablehnung des Richtlinien-Entwurfs in diesem Punkt jedenfalls stark widersprüchlich.

## **VI. Uploader werden durch die Richtlinie nicht aus der Haftung entlassen**

Laut Art. 13 Paragraph 2 der Richtlinie sollen die Mitgliedstaaten regeln, dass eine Lizenz, die ein Online-Content-Sharing-Dienst eingeholt hat, auch für Handlungen gilt, die von Nutzern dieses Dienstes vorgenommen werden, wenn diese nicht auf kommerzieller Basis handeln oder ihre Tätigkeit keine nennenswerten Einnahmen generiert.

Dies bedeutet umgekehrt: Nutzer, die kommerziell handeln (z.B. Betreiber kommerzieller Kanäle) müssen selbstverständlich eine Lizenz für ihre genutzten Inhalte einholen. Denn diese Nutzung ist eine andere Nutzungsart im Sinne des Urhebergesetzes und war schon immer lizenzpflichtig. Von diesem Begriff des kommerziellen Nutzers sind selbstverständlich auch die sogenannten „YouTuber“ erfasst.

Da die kommerziellen Kanalbetreiber auf den Plattformen auch identifizierbar sind, wird sich hier nichts gegenüber dem Status Quo ändern - es dürfte kaum anzunehmen sein, dass diese bisher mit einer Lizenzverletzung durch gekommen wären - daher ändert sich also für diese Kanäle durch den Richtlinien-Entwurf praktisch nichts.

Uploader der Inhalte, die durch die Plattformen lizenziert sind, würden hingegen neuerdings Rechtssicherheit erhalten.

Sofern Inhalte nicht lizenziert sind, sind allerdings Änderungen nur dahingehend vorgesehen, dass dem unredlichen Uploader der Upload durch den Online-Content-Sharing-Diensteanbieter erschwert werden soll. Funktioniert dies, ist eine Rechtsverfolgung durch den Rechteinhaber natürlich ebenfalls nicht zu erwarten, weil die Rechtsverletzung ja bereits im Versuchsstadium unterbunden wird. Funktioniert dies hingegen nicht, wird der Online-Content-Sharing-Diensteanbieter den Uploader eventuell in

Regress nehmen oder der Rechteinhaber ihn verfolgen - das ist jedoch keine Veränderung gegenüber der bisherigen Rechtslage.

## VII. **Die Richtlinie verfolgt nur die Interessen der Medien-Giganten**

Häufig hört man das Argument, die Künstler und Kreativen würden von dem Richtlinien-Entwurf ohnehin nicht profitieren. Dieses Argument war in der Vergangenheit bereits als Entschuldigung für Piraterie in Gebrauch. Dort wurde als Geschädigter alleine eine Industrie ausgemacht, die den Künstler ohnehin nur ausbeute und daher mit einer Rache an derselben dem Recht des Künstlers Ausdruck verliehen. Wie sieht es mit dem Recht des Künstlers aus, wenn die Online Content Sharing Service Provider die dort verwendeten Inhalte nun breit angelegt lizenzieren müssen?

Artikel -14 der Richtlinie führt ein Prinzip der „appropriate and proportionate remuneration“ für Autoren und Künstler ein.

Mit dem Kapitel 3 der Richtlinie (das „-“ ist redaktionellen Gründen geschuldet) wird dieses Prinzip mit einer Transparenzverpflichtung der Rechteinhaber (Labels, Produzenten etc., Artikel 14) einem Vertragsangleichungs-Mechanismus (Artikel 15), einer Schlichtungsmöglichkeit (Artikel 16) und einem Widerrufsrecht ergänzt.

Mit der Transparenzverpflichtung soll sichergestellt werden, dass Autoren und Künstler Informationen über die Verwertung ihrer Rechte erhalten. Im Falle einer unausgewogenen Bezahlung sollen sie den Vertrag dann angleichen können. Die Transparenzverpflichtung und die Vertragsangleichung können, wenn nötig, in einem Schlichtungsverfahren durchgesetzt werden. Im Falle einer ausbleibenden Verwertung sollen Autoren und Künstler die Übertragung ihrer Rechte widerrufen können.

Das Recht aus Artikel -14 ist ausdrücklich an Urheber und ausübende

Künstler gerichtet, sodass davon auszugehen ist, dass eine Vereinnahmung aus abgetretenem Recht - mit der damit einhergehenden argwöhnisch als ungerecht beschriebenen Aufteilung im Innenverhältnis - wie sie der Medienindustrie häufig zum Vorwurf gemacht wird, ausgeschlossen ist. Ähnlich der Rechtsprechung, die anlässlich zur Leermedienabgabeergangen war und auf andere Verteilungsmassen ausgedehnt wurde (Vogel-Urteil<sup>5</sup>) dürfte hier die Verteilung durch die Verwertungsgesellschaften nur an die Urheber und Interpreten, aber bereits nicht mehr an Verlage, Tonträgerhersteller oder sonstige Verwerter, erfolgen, sofern dies nicht, wie nach Paragraph 2 des Artikel 14 vorgesehen, durch nationales Urhebervertragsrecht in der Umsetzung zugelassen wird.

Somit greift die Richtlinie entgegen der Kritik auch durchaus in etwaige Missstände im Innenverhältnis zwischen Urhebern, ausübenden Künstlern und ihren Vertragspartnern ein. Ein befürchteter Nachteil ist aus rechtlichen Gründen nicht zu erkennen.

In tatsächlicher Hinsicht wird der Vorwurf aber auch so formuliert, dass durch die neuen Bedingungen die Online Content Sharing Service Provider gezwungen werden würden, es niemandem mehr zu ermöglichen, Inhalte dort zu hosten. Dies käme quasi einer Aufgabe des gesamten Geschäftsmodells gleich. Sieht man sich aber die Gewinne dieser Unternehmen und ihren Börsenwert an, erscheint diese Befürchtung doch deutlich überzogen. Angesichts der geschilderten Möglichkeiten der Lizenzierung und des Umstandes, dass mit den Verwertungsgesellschaften bereits jetzt schon Verträge bestehen, ist die Panik vor derart gravierenden Auswirkungen wohl substanzlos.

## **VIII. Der Vorwurf, durch die Richtlinie breche die Bundesregierung den Koalitionsvertrag**

Die Regierungsparteien CDU und SPD hatten in ihrem Koalitionsvertrag

---

<sup>5</sup> BGH Urteil vom 21.04.2016, I ZR 198/13

vereinbart, dass sie die Rechte der Urheber stärken wollten und dass hierbei „Uploadfilter“ nicht eingeführt werden sollten. Die Politik käme natürlich in ein Dilemma, wenn das eine ohne das andere nicht ginge (You can't have and eat the cake).

Wie aufgezeigt ist es das Ziel des Richtlinien-Entwurfs durch groß angelegte Lizenzierungsvorgänge die Einrichtung von Upload-Filtern zu vermeiden. Da in den Regelungen eine allgemeine Verhältnismäßigkeit der Kontrolle, sowie ein Mitwirken der Rechteinhaber erforderlich gemacht wird, werden die praktischen Auswirkungen der neuen Rechtslage im Vergleich zur geltenden Regelung so marginale Unterschiede aufweisen, dass von „Uploadfiltern“ nicht wirklich die Rede sein kann.

Darüber hinaus ist zu betrachten, was mit dem Koalitionsvertrag wirklich gemeint gewesen sein kann. Da ja der Begriff des „Uploadfilters“ ohnehin nur einem politischen Framing entsprungen ist, muss man an dieser Stelle eine Auslegung finden, wovor eine verständige Bundesregierung ihre Bürger denn genau hatte schützen wollen. Da ohnehin – auch bei geltender Rechtslage – nicht jeder Upload legal ist, und bei vorangegangenen Rechtsverstößen ein „stay-down“ ohnehin schon zum Pflichtenkreis der Plattformbetreiber gehört, kann nicht jedwede Maßnahme gemeint sein, die eine Erschwerung des Uploads von Medieninhalten zum Gegenstand hat.

Entsprechend der seit langem schon kontrovers geführten Diskussion zu diesem Thema, sollte man unter einem „Uploadfilter“ eine automatisierte und endgültige Kontrolle ohne menschliche Kontrollinstanz verstehen. Eine solche Maßnahme ist, wie oben ausführlich geschildert, in den Vorgaben des Richtlinien-Entwurfs überhaupt nicht zu erkennen. Insbesondere ist eine Nachkontrolle durch Menschen ausdrücklich vorgeschrieben. Ob also ein „Uploadfilter“, wie er im Koalitionsvertrag gemeint ist, auch dem Framing der Richtlinien-Gegner entspricht, darf bezweifelt werden.

Eine automatisierte Kontrolle wurde andererseits in anderen Bereichen

(Netz-Durchsetzungsgesetz) und bezüglich anderer Inhalte (Kinder-Pornografie, Hatespeech) ja bereits ohne größeren Straßenprotest implementiert. Es ist auffällig, dass die Proteste ausgerechnet dann hochschaukeln, wenn es um Urheberrechte, und damit auch um Umsätze der Netzgiganten, geht.

Der Koalitionsvertrag wäre jedenfalls auch dann gebrochen, wenn die geplante Stärkung der Position der Urheber nun nicht beschlossen werden würde.

In diesem Zusammenhang muss aber auch darauf hingewiesen werden, dass sich der Koalitionsvertrag auf den demokratischen Prozess innerhalb der EU nicht wirklich auswirken darf. Er kann alleine Einfluss auf das Verhalten der Deutschen Bundesregierung im Rat haben.

**Zusammenfassend** lässt sich festhalten, dass sich das Internet wie wir es kennen, aus Sicht der normalen Internetnutzer durch die Richtlinie vermutlich überhaupt nichts verändern wird. Serien und Spielfilme werden weiterhin ihren kommerziellen Verwertungsketten vorbehalten bleiben. Der Upload solcher Inhalte durch Nichtberechtigte wird nicht legalisiert werden. Für andere Inhalte wird hingegen Rechtssicherheit geschaffen und erstmals die Berechtigung von Uploads bei Schrankennutzungen auch gerichtlich durchsetzbar.

Die Betreiber von Online-Content-Sharing-Diensten hingegen müssen sich diesbezüglich auf Einschränkungen ihres Hausrechts und auf neue Lizenzverhandlungen mit den Verwertungsgesellschaften einstellen, bei denen sie nicht mehr bloß Almosen anbieten können, sondern sich vielmehr konkreten Vorstellungen der Verhandlungspartner ausgesetzt sehen werden. Dies ist eine wirtschaftliche Veränderung, die auf Seiten der Kreativen andererseits wieder deutlich mehr Geld ins System bringen dürfte. Die Auswirkungen auf die Marktbedingungen der Kreativen dürften hierbei durchaus positiv einzuschätzen sein. Ihre Leistung bedarf schließlich der Vermarktung und setzt voraus, dass in einer Arbeitsteiligen Wirt-

schaft auch eine Verteilungsmasse vorhanden ist, für die es sich lohnt, in der Kulturwirtschaft tätig zu sein.

Es ist im übrigen davon auszugehen, dass sich die etablierten und mit großen finanziellen Möglichkeiten ausgestatteten Player dieser Dienste nicht aus dem Geschäft zurück ziehen werden, sondern sich auf eine breit angelegte Lizenzierung von Inhalten einlassen werden. Wo dies nicht möglich ist, werden – wie einst das Beispiel der scheiternden Plattform MySpace zeigte – der Netzgemeinde keine merklichen Nachteile entstehen, wenn andere Dienste in die freiwerdende Nische drängen.

(Der Autor ist Jurist und war zwischen 1996 und 2006 als Rechtsanwalt, vorwiegend auf den Gebieten des Wettbewerbsrechts und des Urheberrechts, tätig. Der Familienvater arbeitet noch als freischaffender Dozent, Musiker, Musikproduzent. Als ein seit 1985 auf professioneller Ebene wirkender Schlagzeuger ist er [hier](#) und [hier](#) zu sehen (die Aufnahme auf dem zweiten Link hat er selbst produziert).

## Anhang 1

### Übersetzung des Art. 9a

#### Kollektivlizenzen mit erweiterter Wirkung

1. Die Mitgliedstaaten können in Bezug auf die Verwendung in ihrem nationalen Hoheitsgebiet und vorbehaltlich der in diesem Artikel vorgesehenen Schutzmaßnahmen regeln, dass für den Fall, dass eine Verwertungsgesellschaft, die den nationalen Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinie 2014/26 / EU unterliegt, entsprechend ihrem Mandat von Rechteinhabern eine Lizenzvereinbarung zur Verwertung von Werken oder anderen Gegenständen abschließt, sie diese Vereinbarung auf die Rechte von Rechteinhabern ausdehnen kann, die diese Verwertungsgesellschaft nicht durch eine Abtretung, Lizenz oder eine andere vertragliche Vereinbarung oder mit der kollektiven Rechtewahrnehmung beauftragt haben; oder - in Bezug auf eine solche Vereinbarung - hat die Verwertungsgesellschaft ein gesetzliches Mandat oder es wird vermutet, dass sie Rechteinhaber vertritt, die die Verwertungsgesellschaft nicht entsprechend autorisiert haben.
2. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der in Absatz 1 genannte Lizenzierungsmechanismus nur in genau definierten Bereichen angewendet wird, in denen die Einholung von Genehmigungen von Rechteinhabern auf individueller Basis in der Regel schwerfällig und in einem Maße unpraktisch ist, dass der erforderliche Lizenzvorgang aufgrund der Art der Nutzung oder der Arten von Werken oder anderen betroffenen Gegenständen unwahrscheinlich würde und dass dieser Lizenzmechanismus die berechtigten Interessen der Rechteinhaber gewährleistet.
3. Die in Absatz 1 (gemeint ist wohl 2) genannten Garantien sollen Folgendes berücksichtigen:

- (a) Die Verwertungsgesellschaft ist auf der Grundlage von Mandaten der Rechteinhaber ausreichend repräsentativ für die Rechteinhaber der betreffenden Art von Werken oder sonstigen Gegenständen und der Rechte, die im betreffenden Mitgliedstaat zu lizenzieren sind;
  - (b) allen Rechteinhabern wird die Gleichbehandlung garantiert, auch in Bezug auf die Lizenzbedingungen;
  - (c) Rechteinhaber, die die Verwertungsgesellschaft, die die Lizenz erteilt, nicht beauftragt haben, können ihre Werke oder sonstigen Schutzgegenstände jederzeit einfach und effektiv von dem in diesem Artikel festgelegten Lizenzierungsmechanismus ausschließen.
  - (d) geeignete Werbemaßnahmen werden getroffen, um die Rechteinhaber darüber zu informieren, dass es der Organisation für die kollektive Rechtewahrnehmung möglich ist, Werke oder andere Gegenstände zu lizenzieren, welche Lizenzen gemäß diesem Artikel erteilt werden, und welche Möglichkeiten die Rechteinhaber gemäß Buchstabe (c) haben, beginnend ab einem angemessenen Zeitraum, bevor die Werke oder sonstigen Gegenstände im Rahmen der Lizenz verwendet werden. Werbemaßnahmen sollten wirksam sein, ohne dass jeder Rechtsinhaber einzeln informiert werden muss.
4. Dieser Artikel berührt nicht die Anwendung kollektiver Genehmigungsverfahren mit erweiterter Wirkung in Übereinstimmung mit anderen Bestimmungen des Unionsrechts, einschließlich Bestimmungen, die Ausnahmen oder Beschränkungen zulassen.

Dieser Artikel gilt nicht für die obligatorische kollektive Rechteverwaltung.

Artikel 7 der Richtlinie 2014/26 / EU ist auf den in diesem Artikel vorgesehenen Genehmigungsmechanismus anzuwenden.



5. Wenn ein Mitgliedstaat einen Genehmigungsmechanismus gemäß diesem Artikel vorsieht, unterrichtet der betreffende Mitgliedstaat die Kommission über den Geltungsbereich dieses Gesetzes, den Zweck und die Arten von Lizenzen, die nach diesem Gesetz eingeführt werden können, sowie die Kontaktangaben für diejenigen Verwertungsgesellschaften, welche Lizenzen gemäß dem Mechanismus in Absatz 1 erteilen, sowie die Art und Weise, wie Informationen über die Lizenzierung und die Möglichkeiten der Rechteinhaber gemäß Absatz 3 Buchstabe c verbreitet werden. Die Kommission veröffentlicht diese Informationen.

6. Auf der Grundlage der gemäß Absatz 5 eingegangenen Informationen und der Diskussionen in dem in Artikel 12 Absatz 3 der Richtlinie 2001/29 / EG genannten Kontaktausschuss legt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat bis zum 10. April 2021 einen Bericht vor über die Nutzung dieser in Absatz 1 genannten Mechanismen in der EU und ihre Auswirkungen auf die Lizenzvergabe und die Rechteinhaber, einschließlich der Rechteinhaber, die nicht Mitglieder sind und/oder Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaats sind, auf ihre Wirksamkeit zur Erleichterung der Verbreitung kultureller Inhalte und der Auswirkungen auf den Binnenmarkt, einschließlich der grenzüberschreitenden Erbringung von Dienstleistungen und des Wettbewerbs. Dem Bericht der Kommission wird gegebenenfalls ein Legislativvorschlag beigelegt, der auch die grenzüberschreitende Wirkung dieser nationalen Systeme betrifft.

### **Übersetzung des Artikel 13**

Nutzung geschützter Inhalte durch Anbieter von Online-Content-Sharing-Diensten

1. Die Mitgliedstaaten werden regeln, dass ein Anbieter von Online-Content-Sharing-Diensten, wenn er der Öffentlichkeit Zugang zu urheberrechtlich geschützten Werken oder anderen geschützten Gegenständen gewährt, die von seinen Nutzern hochgeladen wurden, einen Akt der Kommunikation mit der Öffentlichkeit oder der öffentlichen Zugänglichmachung im Sinne dieser Richtlinie durchführt.

Ein Anbieter von Online-Content-Sharing-Diensten soll daher von den in Artikel 3 Absätze 1 und 2 der Richtlinie 2001/29/EG genannten Rechteinhabern eine Genehmigung einholen, beispielsweise durch Abschluss einer Lizenzvereinbarung, die Werke oder andere Gegenstände zu verbreiten oder der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

2. Die Mitgliedstaaten werden regeln, dass, wenn eine Genehmigung, auch im Rahmen einer Lizenzvereinbarung, von einem Anbieter von Online-Content-Sharing-Diensten eingeholt wurde, diese Genehmigung auch Handlungen umfasst, die von Nutzern der unter Artikel 3 der Richtlinie 2001/29/EG fallenden Dienste vorgenommen werden, wenn sie nicht auf kommerzieller Basis handeln oder ihre Tätigkeit keine nennenswerten Einnahmen generiert.
3. Führt ein Anbieter von Online-Content-Sharing-Diensten unter den in dieser Richtlinie festgelegten Bedingungen eine öffentliche Kommunikation oder eine öffentliche Zugänglichmachung durch, so gilt die in Artikel 14 Absatz 1 der Richtlinie 2000/31/EG festgelegte Haftungsbeschränkung nicht für die von diesem Artikel erfassten Situationen. Dies berührt nicht die *etwaige* Anwendung von Artikel 14 Absatz 1 der Richtlinie 2000/31/EG auf diese Dienstleister für Zwecke, die nicht in den Anwendungsbereich dieser Richtlinie fallen.
4. Wird keine Genehmigung erteilt, haften die Anbieter von Online-Content-Sharing-Diensten für unbefugte öffentliche Kommunikation von urheberrechtlich geschützten Werken und anderen Inhalten, es sei denn, die Anbieter weisen nach, dass sie:
  - (a) sich nach besten Kräften um eine Lizenz bemüht und
  - (b) i nach den hohen Branchenstandards der professionellen Sorgfaltspflicht alles unternommen haben, um die Nichtverfügbarkeit des jeweiligen Werke und anderer Gegenstände, für welche die Rechteinhaber den Diensteanbietern die erforderlichen Informationen zur Verfügung gestellt

haben, zu gewährleisten und sie auf jeden Fall

(c) nach Erhalt einer hinreichend ausführlichen Meldung umgehend gehandelt haben, um die gemeldeten Werke und Gegenstände von ihrer Website zu entfernen oder den Zugang zu ihnen zu sperren und sich nach besten Kräften bemüht haben, ihre zukünftigen Uploads in Übereinstimmung mit Absatz b) zu verhindern.

4a. Bei der Feststellung, ob der Service seinen Verpflichtungen aus Absatz 4 nachgekommen ist, sollten unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit unter anderem folgende Faktoren berücksichtigt werden:

(a) die Art, das Publikum und die Größe der Dienste und die Art der Werke oder sonstigen Inhalte, die von den Nutzern hochgeladen werden;

(b) die Verfügbarkeit geeigneter und wirksamer *Mittel* und deren Kosten für die Dienstleister.

4aa. Die Mitgliedstaaten sollen regeln, dass sich für neue Anbieter von Online-Content-Sharing-Diensten, deren Dienste der Öffentlichkeit in der Union seit weniger als drei Jahren zur Verfügung stehen und die einen Jahresumsatz von weniger als 10 Mio. EUR im Sinne der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission aufweisen, die geltenden Bedingungen im Rahmen der in Absatz 4 festgelegten Haftungsregelung auf die Einhaltung des Absatzes 4 Buchstabe a) beschränken sowie darauf, nach Erhalt einer ausreichend begründeten Mitteilung unverzüglich zu handeln, um die gemeldeten Werke und Gegenstände von ihrer Website zu entfernen oder den Zugang zu ihnen zu sperren.

Überschreitet die durchschnittliche Zahl der monatlichen Einzelbesucher dieser Dienstleister, berechnet auf der Grundlage des letzten Kalenderjahres, 5 Millionen, so müssen sie auch nachweisen, dass sie alles in ihrer Macht Stehende getan haben, um weitere Uploads der gemeldeten Werke und anderer

Gegenstände, für die die Rechtsinhaber relevante und notwendige Informationen bereitgestellt haben, zu verhindern.

5. Die Zusammenarbeit zwischen Online-Content-Sharing-Diensten und Rechteinhabern darf nicht dazu führen, dass die Verfügbarkeit von Werken oder anderen Inhalten, die von Nutzern hochgeladen werden, verhindert wird, die nicht gegen das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte verstoßen, auch wenn diese Werke oder Gegenstände unter eine Ausnahme oder Beschränkung fallen.

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass sich die Nutzer in allen Mitgliedstaaten\* auf die folgenden bestehenden Ausnahmen und Beschränkungen verlassen können, wenn sie Inhalte hochladen und zur Verfügung stellen, die von Nutzern auf Online-Content-Sharing-Diensten erstellt wurden:

(a) Zitat, Kritik, Besprechung;

(b) Verwendung zum Zwecke der Karikatur, Parodie oder Nachahmung.

[\*genauer Wortlaut von „in allen Mitgliedstaaten, die von Rechts- und Sprachsachverständigen überarbeitet werden sollen“.]

6. (gestrichen/zusammengefasst in Absatz 4)

7. Die Anwendung der Bestimmungen dieses Artikels darf nicht zu einer allgemeinen Überwachungsverpflichtung führen.

Die Mitgliedstaaten sehen vor, dass die Online-Content-Sharing-Dienste den Rechtsinhabern auf Anfrage angemessene Informationen über das Funktionieren ihrer Tätigkeit im Zusammenhang *mit der in Absatz 4 genannten Zusammenarbeit* und, wenn Lizenzvereinbarungen zwischen Dienstleistern und Rechtsinhabern geschlossen werden, Informationen über die Nutzung der von den Vereinbarungen erfassten Inhalte zur Verfügung stellen.

8. Die Mitgliedstaaten sollen regeln, dass ein Online-Content-Sharing-Dienste einen wirksamen und schnellen Beschwerde- und Rechtsbehelfsmechanismus einrichtet,

der den Nutzern des Dienstes im Falle von Streitigkeiten über die Entfernung oder Sperrung des Zugangs zu Werken oder anderen von ihnen hochgeladenen Gegenständen zur Verfügung steht.

Wenn die Rechtsinhaber beantragen, den Zugang zu ihren spezifischen Werken oder anderen Gegenständen zu entfernen oder zu sperren, müssen sie die Gründe für ihre Anträge ordnungsgemäß begründen. Beschwerden, die im Rahmen dieses Verfahrens eingereicht werden, werden unverzüglich bearbeitet, und Entscheidungen über die Entfernung oder Sperrung des Zugangs zu hochgeladenen Inhalten müssen von Menschen überprüft werden.

Die Mitgliedstaaten stellen ferner sicher, dass außergerichtliche Rechtsbehelfe für die Beilegung von Streitigkeiten zur Verfügung stehen. Diese Mechanismen sollen eine unparteiische Beilegung von Streitigkeiten ermöglichen und dürfen den Nutzer nicht seiner durch das nationale Recht geschützten Rechte berauben, sowie nicht die Rechte der Nutzer einschränken, die effiziente Rechtshilfe in Anspruch zu nehmen. Die Mitgliedstaaten stellen insbesondere sicher, dass die Nutzer Zugang zu einem Gericht oder einer anderen zuständigen Justizbehörde haben, um die Inanspruchnahme einer Ausnahme oder Schranke der Urheberrechtsbestimmungen geltend zu machen.

Diese Richtlinie berührt in keiner Weise rechtmäßige Verwendungen, wie beispielsweise Verwendungen im Rahmen der im Unionsrecht vorgesehenen Ausnahmen und Schranken, und sie führt nicht zu einer Identifizierung einzelner Nutzer oder zur Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gemäß der Richtlinie 95/46/EG, der Richtlinie 2002/58/EG und der Allgemeinen Datenschutzverordnung.

Die Online-Content-Sharing-Dienste informieren die Nutzer in ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen über die Möglichkeit für sie, Werke und andere Inhalte unter den im Unionsrecht vorgesehenen Ausnahmen oder Schranken des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte zu nutzen.

9. Ab dem [Datum des Inkrafttretens dieser Richtlinie] organisiert die Kommission in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten Stakeholder-Dialoge, um bewährte Verfahren für die Zusammenarbeit zwischen den Anbietern von Online-Content-Sharing-Diensten und Rechteinhabern zu erörtern. Die Kommission veröffentlicht in Absprache mit Anbietern von Online-Content-Sharing-Diensten, Rechteinhabern, Nutzerverbänden und anderen relevanten Interessengruppen und unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Dialoge der Interessengruppen Leitlinien für die Anwendung von Artikel 13, insbesondere für die *in Absatz 4 genannte* Zusammenarbeit. Bei der Erörterung der besten Praktiken wird unter anderem der Notwendigkeit Rechnung getragen, die Ausnahmen und Schranken mit den Grundrechten in Einklang zu bringen. Für den Zweck des Dialogs mit den Interessengruppen haben die Nutzerverbände Zugang zu angemessenen Informationen das Funktionieren der Praktiken im Sinne des Paragraph 4 von Online-Content-Sharing-Diensten.

## Anhang 2

### Text des Richtlinien-Entwurfs

#### TITLE I

#### GENERAL PROVISIONS

##### *Article 1*

##### *Subject matter and scope*

1. This Directive lays down rules which aim at further harmonising the Union law applicable to copyright and related rights in the framework of the internal market, taking into account in particular digital and cross-border uses of protected content. It also lays down rules on exceptions and limitations, on the facilitation of licences as well as rules aiming at ensuring a well-functioning marketplace for the exploitation of works and other subject-matter.

2. Except in the cases referred to in Article 17, this Directive shall leave intact and shall in no way affect existing rules laid down in the Directives currently in force in this area, in particular Directives 96/9/EC, 2000/31/EC, 2001/29/EC, 2006/115/EC, 2009/24/EC, 2012/28/EU and 2014/26/EU.

##### *Article 2*

##### *Definitions*

For the purposes of this Directive, the following definitions shall apply:

(1) ‘research organisation’ means a university, including its libraries, a research institute or any other entity the primary goal of which is to conduct scientific research or to carry out educational activities involving also the conduct of scientific research:

(a) on a non-for-profit basis or by reinvesting all the profits in its scientific research; or

(b) pursuant to a public interest mission recognised by a Member State;

in such a way that the access to the results generated by the scientific research cannot be enjoyed on a preferential basis by an undertaking exercising a decisive influence upon such organisation;

(2) ‘text and data mining’ means any automated analytical technique aiming to analyse text and data in digital form in order to generate information, including, but not limited to, patterns, trends and correlations;

(3) ‘cultural heritage institution’ means a publicly accessible library or museum, an archive or a film or audio heritage institution;

(4) ‘press publication’ means a collection composed mainly of literary works of a journalistic nature which:

(a) may also include other works or subject matter;

(b) constitutes an individual item within a periodical or regularly updated publication under a single title, such as a newspaper or a general or special interest magazine;

(c) has the purpose of providing the general public with information related to news or other topics; and

(d) is published in any media under the initiative, editorial responsibility and control of a service provider.

Periodicals which are published for scientific or academic purposes, such as scientific journals, shall not be considered as press publications for the purposes of this Directive.

(5) ‘online content sharing service provider’ means a provider of an information society service whose main or one of the main purposes is to store and give the public access to a large amount of copyright protected works or other protected subject-matter uploaded by its users which it organises and promotes for profit-making purposes.

Providers of services such as not-for profit online encyclopedias, not-for profit educational and scientific repositories, open source software developing and sharing platforms, electronic communication service providers as defined in Directive 2018/1972 establishing the European Electronic Communication Code, online marketplaces and business-to business cloud services and cloud services which allow users to upload content for their own use shall not be considered online content sharing service providers within the meaning of this Directive.

(6) ‘information society service’ means a service within the meaning of Article 1(1)(b) of Directive (EU) 2015/1535<sup>6</sup>.

## TITLE II

### MEASURES TO ADAPT EXCEPTIONS AND LIMITATIONS TO THE DIGITAL AND CROSS-BORDER ENVIRONMENT

#### *Article 3*

#### ***Text and data mining for the purposes of scientific research***

1. Member States shall provide for an exception to the rights provided for in Article 2 of Directive 2001/29/EC, Articles 5(a) and 7(1) of Directive 96/9/EC and Article 11(1) of this Directive for reproductions and extractions made by research organisations and cultural heritage institutions in order to carry out text and data mining of works or other subject-matter to which they have lawful access, for the purposes of scientific research.

1a. Copies of works or other subject-matter made in compliance with paragraph 1 shall be stored with an appropriate level of security and may be retained for the purposes of scientific research, including for the verification of research results.

2. *[Paragraph 2 of the Commission proposal was moved to Article 6(1)]*

3. Rightholders shall be allowed to apply measures to ensure the security and integrity of the networks and databases where the works or other subject-matter are hosted. Such measures shall not go beyond what is necessary to achieve that objective.

4. Member States shall encourage rightholders and, research organisations and cultural heritage institutions to define commonly-agreed best practices concerning the application of the obligation and measures referred to respectively in paragraphs 1a and 3.

#### *Article 3a*

#### ***Exception or limitation for text and data mining***

1. Member States shall provide for an exception or a limitation to the rights provided for in Article 2 of Directive 2001/29/EC, Articles 5(a) and 7(1) of Directive 96/9/EC, Article 4(1)(a) and (b) of Directive 2009/24/EC and Article 11(1) of this Directive for reproductions and extractions of lawfully accessible works and other subject-matter for the purposes of text and data mining.

2. Reproductions and extractions made pursuant to paragraph 1 may be retained as long as necessary for the purposes of text and data mining.

2.\* The exception or limitation provided for in paragraph 1 shall apply provided that the use of works and other subject matter referred to therein has not been expressly reserved by

---

<sup>6</sup> Directive (EU) 2015/1535 of the European Parliament and of the Council of 9 September 2015 laying down a procedure for the provision of information in the field of technical regulations and of rules on Information Society services (OJ L 241, 17.9.2015, p. 1).



their rightholders in an appropriate manner, such as machine readable means for the content made publicly available online.

3.\* This Article shall not affect the application of Article 3 of this Directive.

*\*[to be renumbered]*

#### ***Article 4***

##### ***Use of works and other subject-matter in digital and cross-border teaching activities***

1. Member States shall provide for an exception or limitation to the rights provided for in Articles 2 and 3 of Directive 2001/29/EC, Articles 5(a), (b), (d) and (e) and 7(1) of Directive 96/9/EC, Article 4(1) of Directive 2009/24/EC and Article 11(1) of this Directive in order to allow the digital use of works and other subject-matter for the sole purpose of illustration for teaching, to the extent justified by the non-commercial purpose to be achieved, provided that such use:

(a) takes place under the responsibility of an educational establishment, on its premises or other venues, or through a secure electronic environment accessible only by the educational establishment's pupils or students and teaching staff; and

(b) is accompanied by the indication of the source, including the author's name, unless this turns out to be impossible.

2. Notwithstanding Article 6(1), Member States may provide that the exception adopted pursuant to paragraph 1 does not apply generally or as regards specific uses or types of works or other subject-matter, such as material which is primarily intended for the educational market or sheet music, to the extent that suitable licences authorising the acts described in paragraph 1 covering the needs and specificities of educational establishments are easily available in the market.

Member States availing themselves of the provision of the first subparagraph shall take the necessary measures to ensure appropriate availability and visibility of the licences authorising the acts described in paragraph 1 for educational establishments.

3. The use of works and other subject-matter for the sole purpose of illustration for teaching through secure electronic environments undertaken in compliance with the provisions of national law adopted pursuant to this Article shall be deemed to occur solely in the Member State where the educational establishment is established.

4. Member States may provide for fair compensation to rightholders due to the use of their works or other subject-matter pursuant to paragraph 1.

#### ***Article 5***

##### ***Preservation of cultural heritage***

Member States shall provide for an exception to the rights provided for in Article 2 of Directive 2001/29/EC, Articles 5(a) and 7(1) of Directive 96/9/EC, Article 4(1)(a) of Directive 2009/24/EC and Article 11(1) of this Directive, permitting cultural heritage institutions to make copies of any works or other subject-matter that are permanently in their collections, in any format or medium, for purposes of preservation of such works or other subject-matter and to the extent necessary for such preservation.

#### ***Article 6***

##### ***Common provisions***

1. Any contractual provision contrary to the exceptions provided for in Articles 3, 4 and 5 shall be unenforceable.

2. Article 5(5) of Directive 2001/29/EC shall apply to the exceptions and the limitation provided for under this Title. The first, third and fifth subparagraphs of Article 6(4) of Directive 2001/29/EC shall apply to Articles 3, 3a, 4 and 5 of this Directive.

TITLE III  
MEASURES TO IMPROVE LICENSING PRACTICES AND ENSURE WIDER ACCESS  
TO CONTENT  
CHAPTER 1  
Out-of-commerce works

*Article 7*  
*Use of out-of-commerce works by cultural heritage institutions*

1. Member States shall provide that a collective management organisation, in accordance with its mandates, may conclude a non-exclusive licence for non-commercial purposes with a cultural heritage institution for the reproduction, distribution, communication to the public or making available to the public of out-of-commerce works or other subject-matter permanently in the collection of the institution, irrespective of whether all rightholders covered by the licence have mandated the collective management organisation, provided that:

(a) the collective management organisation is, on the basis of mandates from rightholders, sufficiently representative of rightholders in the relevant type of works or other subject-matter and of the rights which are the subject of the licence;

(b) equal treatment is guaranteed to all rightholders in relation to the terms of the licence.

(c) *[Point (c) of the Commission proposal was moved to new paragraph 1b below]*

1a. Member States shall provide for an exception or limitation to the rights provided for in Articles 2 and 3 of Directive 2001/29/EC, Articles 5(a), (b), (d) and (e) and 7(1) of Directive 96/9/EC, Article 4(1) of Directive 2009/24/EC, and Article 11(1) of this Directive, in order to allow cultural heritage institutions to make available out-of-commerce works or other subject-matter that are permanently in their collections for non-commercial purposes, provided that:

(a) the name of the author or any other identifiable rightholder is indicated, unless this turns out to be impossible;

(b) such works or other subject-matter are made available on non-commercial websites.

1b. Member States shall provide that the exception or limitation referred to in the previous paragraph only applies to types of works or other subject-matter for which no collective management organisation exists that fulfils the conditions referred to in point (a) of paragraph 1.

1c. Member States shall provide that all rightholders may at any time, easily and effectively, exclude their works or other subject-matter from the licensing mechanism referred to in paragraph 1 or from uses under the exception or limitation referred to in paragraph 1a, either in general or in specific cases, including after the conclusion of a licence or the beginning of the use concerned.

2. A work or other subject-matter shall be deemed to be out-of-commerce when it can be presumed in good faith that the whole work or other subject-matter is not available to the public through customary channels of commerce after a reasonable effort is made to determine such availability.

Member States may provide for specific requirements, such as a cut-off date, to determine whether works and other subject-matter can be licensed in accordance with paragraph 1 or used under the exception or limitation referred to in paragraph 1a. Such requirements shall not

extend beyond what is necessary and reasonable, and shall not preclude the possibility to determine the out-of-commerce status of a set of works or other subject-matter as a whole, when it is reasonable to presume that all works or other subject-matter are out of commerce.

3. *[Paragraph 3 of the Commission proposal was moved to new Article 8a(2)]*

4. Member States shall ensure that the licences referred to in paragraph 1 are sought from a collective management organisation that is representative for the Member State where the cultural heritage institution is established.

*[Points (a), (b) and (c) of paragraph 4 of the Commission proposal were integrated into paragraph 5]*

5. This Article shall not apply to sets of out-of-commerce works if, on the basis of the reasonable effort referred to in paragraph 2, there is evidence that such sets predominantly consist of:

(a) works or other subject-matter first published or, in the absence of publication, first broadcast in a third country, except for cinematographic or audiovisual works;

(b) cinematographic or audiovisual works, the producers of which have their headquarters or habitual residence in a third country; or

(c) works or other subject-matter of third country nationals when a Member State or a third country could not be determined, after a reasonable effort, according to points (a) and (b);

unless the collective management organisation is sufficiently representative of rightholders of that third country in the meaning of point (a) of paragraph 1.

## **Article 8** **Cross-border uses**

1. A licence granted in accordance with Article 7 may allow the use of out-of-commerce works or other subject-matter by the cultural heritage institution in any Member State.

2. The uses of works and other subject-matter under the exception or limitation referred to in Article 7(1a) shall be deemed to occur solely in the Member State where the cultural heritage institution undertaking that use is established.

*[Note: paragraph 2 of the Commission proposal was moved to new Article 8a(1)]*

3. *[Paragraph 3 of the Commission proposal was moved new Article 8a(1) second subparagraph]*

## **Article 8a** **Publicity measures**

1. Member States shall ensure that information from cultural heritage institutions, collective management organisations or relevant public authorities for the purposes of the identification of the out-of-commerce works or other subject-matter covered by a licence granted in accordance with Article 7(1) or used under the exception or limitation referred to in Article 7(1a) as well as information about the possibilities of rightholders referred to in Article 7(1c), and, as soon as it is available and where relevant, information on the parties to the licence, the covered territories and the uses is made permanently, easily and effectively accessible in a public single online portal from at least six months before the works or other subject-matter are distributed, communicated to the public or made available to the public in accordance with the licence or under the exception or limitation.

The portal shall be established and managed by the European Union Intellectual Property Office in accordance with Regulation (EU) No 386/2012.

2. Member States shall provide that, if necessary for the general awareness of rightholders, further appropriate publicity measures are taken regarding the possibility for collective management organisations to license works or other subject-matter in accordance with Article 7, the licences granted, the uses under the exception or limitation referred to in Article 7(1a) and the possibilities of rightholders referred to in Article 7(1c). The additional appropriate publicity measures shall be taken in the Member State where the licence is sought in accordance to Article 7(1) or, for uses under the exception or limitation referred to in Article 7(1a), where the cultural heritage institution is established. If there is evidence, such as the origin of the works or other subject-matter, to suggest that the awareness of rightholders could be more efficiently raised in other Member States or third countries, such publicity measures shall also cover those Member States and third countries.

### *Article 9* *Stakeholder dialogue*

Member States shall consult rightholders, collective management organisations and cultural heritage institutions in each sector before establishing specific requirements pursuant to Article 7(2), and encourage a regular dialogue between representative users' and rightholders' organisations, including collective management organisations, and any other relevant stakeholder organisations, on a sector-specific basis, to foster the relevance and usability of the licensing mechanisms referred to in Article 7(1) and to ensure the effectiveness of the safeguards for rightholders referred to in this Chapter.

## CHAPTER 1a Measures to facilitate collective licensing

### *Article 9a* *Collective licensing with an extended effect*

1. Member States may provide, as far as the use within their national territory is concerned and subject to safeguards provided for in this Article, that when a collective management organisation, which is subject to the national rules implementing Directive 2014/26/EU, in accordance with its mandates from rightholders, enters into a licensing agreement for the exploitation of works or other subject-matter such an agreement may be extended to apply to the rights of rightholders who have not authorised that collective management organisation to represent them by way of assignment, licence or any other contractual arrangement; or, with respect to such an agreement, the organisation has a legal mandate or is presumed to represent rightholders who have not authorised the organisation accordingly.
2. Member States shall ensure that the licensing mechanism referred to in paragraph 1 is only applied within well-defined areas of use where obtaining authorisations from rightholders on an individual basis is typically onerous and impractical to a degree that makes the required licensing transaction unlikely due to the nature of the use or of the types of works or other subject-matter concerned and that such licensing mechanism safeguards the legitimate interests of rightholders .
3. The safeguards referred to in paragraph 1 shall provide that:
  - (a) the collective right management organisation is, on the basis of mandates from rightholders, sufficiently representative of rightholders in the relevant type of works or other subject-matter and of the rights which are the subject of the licence for the relevant Member State;

- (b) equal treatment is guaranteed to all rightholders, including in relation to the terms of the licence;
- (c) rightholders who have not authorised the organisation operating the licence may at any time easily and effectively exclude their works or other subject-matter from the licensing mechanism established in accordance with this Article;
- (d) appropriate publicity measures are taken to inform rightholders regarding the possibility for the collective management organisation to license works or other subject-matter and the licensing taking place in accordance with this Article, and the possibilities of rightholders referred to in point (c) starting from a reasonable period before the works or other subject-matter are used under the licence. Publicity measures should be effective without the need to inform each rightholder individually.

4. This Article does not affect the application of collective licensing mechanisms with an extended effect in conformity with other provisions of Union law, including provisions which allow exceptions or limitations.

This article shall not apply to mandatory collective management of rights.

Article 7 of Directive 2014/26/EU shall apply to the licensing mechanism provided for in this Article.

5. Where a Member State provides for a licensing mechanism in accordance with this Article, the Member State concerned shall inform the Commission about the scope of that law, purposes and types of licences that may be introduced under that law as well as contact details for organisations issuing licences in accordance with the mechanism in paragraph 1, and the way in which information on the licensing and the possibilities of rightholders referred to in point (c) of paragraph 3 can be obtained. The Commission shall publish this information.

6. Based on the information received pursuant to paragraph 5 and on the discussions in the contact committee referred to in Article 12(3) of Directive 2001/29/EC, the Commission shall, by 10 April 2021, submit to the European Parliament and to the Council a report on the use of such mechanisms referred to in paragraph 1 in the EU, their impact on licensing and rightholders, including rightholders who are not members and/or who are nationals of, or resident in, another Member State, their effectiveness to facilitate the dissemination of cultural content, and the impact on the internal market, including the cross-border provision of services and competition. The Commission's report shall be accompanied, if appropriate, by a legislative proposal, including as regards the cross-border effect of such national schemes.

## CHAPTER 2

### Access to and availability of audiovisual works on video-on-demand platforms

#### ***Article 10*** ***Negotiation mechanism***

Member States shall ensure that parties facing difficulties related to the licensing of rights when seeking to conclude an agreement for the purpose of making available audiovisual works on video-on-demand services, may rely on the assistance of an impartial body or of mediators. The impartial body created or designated by the Member State for the purpose of this Article or mediators shall provide assistance to the parties with their negotiation and help them reach agreements, including, where appropriate, by submitting proposals to the parties. Member States shall notify to the Commission the body or mediators referred to in paragraph 1 no later than *[date mentioned in Article 21(1)]*. In cases where Member States have chosen to rely on mediation, the notification to the Commission shall at least include, when available, the source where relevant information on the entrusted mediators can be found.

CHAPTER 3  
WORKS OF VISUAL ART IN THE PUBLIC DOMAIN

*Article 10b*  
*Works of visual art in the public domain*

Member States shall provide that, when the term of protection of a work of visual art has expired, any material resulting from an act of reproduction of that work shall not be subject to copyright or related rights, unless the material resulting from that act of reproduction is original in the sense that it is the author's own intellectual creation.

TITLE IV  
MEASURES TO ACHIEVE A WELL-FUNCTIONING MARKETPLACE FOR  
COPYRIGHT  
CHAPTER 1  
Rights in publications

*Article 11*  
*Protection of press publications concerning online uses*

1. Member States shall provide publishers of press publications established in a Member State with the rights provided for in Article 2 and Article 3(2) of Directive 2001/29/EC for the online use of their press publications by information society service providers. These rights shall not apply to private or non-commercial uses of press publications carried out by individual users.

The protection granted under the first subparagraph shall not apply to acts of hyperlinking. The rights referred to in the first subparagraph shall not apply in respect of uses of individual words or very short extracts of a press publication.

2. The rights referred to in paragraph 1 shall leave intact and shall in no way affect any rights provided for in Union law to authors and other rightholders, in respect of the works and other subject-matter incorporated in a press publication. The rights referred to in paragraph 1 may not be invoked against those authors and other rightholders and, in particular, may not deprive them of their right to exploit their works and other subject-matter independently from the press publication in which they are incorporated.

When a work or other subject-matter is incorporated in a press publication on the basis of a non-exclusive licence, the rights referred to in paragraph 1 may not be invoked to prohibit the use by other authorised users. The rights referred to in paragraph 1 may not be invoked to prohibit the use of works or other subject matter whose protection has expired.

3. Articles 5 to 8 of Directive 2001/29/EC and Directives 2012/28/EU and (EU) 2017/1564 shall apply *mutatis mutandis* in respect of the rights referred to in paragraph 1.

4. The rights referred to in paragraph 1 shall expire 2 years after the publication of the press publication. This term shall be calculated from the first day of January of the year following the date of publication.

Paragraph 1 shall not apply to press publications first published before [*entry into force of the Directive*].

4a. Member States shall provide that the authors of the works incorporated in a press publication receive an appropriate share of the revenues that press publishers receive for the use of their press publications by information society service providers.

*Article 12*

## *Claims to fair compensation*

Member States may provide that where an author has transferred or licensed a right to a publisher, such a transfer or a licence constitutes a sufficient legal basis for the publisher to be entitled to a share of the compensation for the uses of the work made under an exception or limitation to the transferred or licensed right.

The first paragraph shall be without prejudice to existing and future arrangements in Member States concerning public lending rights.

## CHAPTER 2

### Certain uses of protected content by online services

#### *Article 13*

#### *Use of protected content by online content sharing service providers*

1. Member States shall provide that an online content sharing service provider performs an act of communication to the public or an act of making available to the public for the purposes of this Directive when it gives the public access to copyright protected works or other protected subject matter uploaded by its users.

An online content sharing service provider shall therefore obtain an authorisation from the rightholders referred to in Article 3(1) and (2) of Directive 2001/29/EC, for instance by concluding a licencing agreement, in order to communicate or make available to the public works or other subject matter.

2. Member States shall provide that when an authorisation has been obtained, including via a licensing agreement, by an online content sharing service provider, this authorisation shall also cover acts carried out by users of the services falling within Article 3 of Directive 2001/29/EC when they are not acting on a commercial basis or their activity does not generate significant revenues.

3. When an online content sharing service provider performs an act of communication to the public or an act of making available to the public, under the conditions established under this Directive, the limitation of liability established in Article 14(1) of Directive 2000/31/EC shall not apply to the situations covered by this Article. This shall not affect the possible application of Article 14(1) of Directive 2000/31/EC to these service providers for purposes falling outside the scope of this Directive.

4. If no authorisation is granted, online content sharing service providers shall be liable for unauthorised acts of communication to the public of copyright protected works and other subject matter, unless the service providers demonstrate that they have:

- (a) made best efforts to obtain an authorisation, and
- (b) made, in accordance with high industry standards of professional diligence, best efforts to ensure the unavailability of specific works and other subject matter for which the rightholders have provided the service providers with the relevant and necessary information, and in any event
- (c) acted expeditiously, upon receiving a sufficiently substantiated notice by the rightholders, to remove from their websites or to disable access to the notified works and subject matters, and made best efforts to prevent their future uploads in accordance with paragraph (b).

4a. In determining whether the service has complied with its obligations under paragraph 4 and in the light of the principle of proportionality the following should, among others be taken into account:

(a) the type, the audience and the size of services and the type of works or other subject matter uploaded by the users;

(b) the availability of suitable and effective means and their cost for service providers.

4aa. Member States shall provide that when new online content sharing service providers whose services have been available to the public in the Union for less than three years and which have an annual turnover below EUR 10 million within the meaning of the Commission Recommendation 2003/361/EC, the conditions applicable to them under the liability regime set out in paragraph 4 are limited to the compliance with the point (a) of paragraph 4 and to acting expeditiously, upon receiving a sufficiently substantiated notice, to remove the notified works and subject matters from its website or to disable access to them.

Where the average number of monthly unique visitors of these service providers exceeds 5 million, calculated on the basis of the last calendar year, they shall also demonstrate that they have made best efforts to prevent further uploads of the notified works and other subject matter for which the rightholders have provided relevant and necessary information.

5. The cooperation between online content service providers and rightholders shall not result in the prevention of the availability of works or other subject matter uploaded by users which do not infringe copyright and related rights, including where such works or subject matter are covered by an exception or limitation.

Member States shall ensure that users in all Member States(\*) are able to rely on the following existing exceptions and limitations when uploading and making available content generated by users on online content sharing services:

(a) quotation, criticism, review;

(b) use for the purpose of caricature, parody or pastiche.

*[(\*) exact wording of "in all Member States" to be revised by lawyer-linguists]*

6. *[paragraph 6 as was contained in a previous text version was deleted/merged into paragraph 4; the numbering of paragraphs of Article 13 was kept for ease of reference]*

7. The application of the provisions in this article shall not lead to any general monitoring obligation.

Member States shall provide that online content sharing service providers shall provide rightholders, at their request, with adequate information on the functioning of their practices with regard to the cooperation referred to in paragraph 4 and, where licensing agreements are concluded between service providers and rightholders, information on the use of content covered by the agreements.

8. Member States shall provide that an online sharing service provider puts in place an effective and expeditious complaint and redress mechanism that is available to users of the service in case of disputes over the removal of or disabling access to works or other subject matter uploaded by them.

When rightholders request to remove or disable access to their specific works or other subject matter, they shall duly justify the reasons for their requests. Complaints submitted under this mechanism shall be processed without undue delay and decisions to remove or disable access to uploaded content shall be subject to human review.

Member States shall also ensure that out-of-court redress mechanisms are available for the settlement of disputes. Such mechanisms shall enable disputes to be settled impartially and shall not deprive the user of the legal protection afforded by national law, without prejudice to the rights of users to have recourse to efficient judicial remedies. In particular, Member States shall ensure that users have access to a court or another relevant judicial authority to assert the use of an exception or limitation to copyright rules.

This Directive shall in no way affect legitimate uses, such as uses under exceptions and limitations provided for in Union law, and shall not lead to any identification of individual users nor to the processing of their personal data, in accordance with Directive 95/46/EC, Directive 2002/58/EC and the General Data Protection Regulation.



Online content sharing service providers shall inform the users in their terms and conditions about the possibility for them to use works and other subject matter under exceptions or limitations to copyright and related rights provided for in Union law.

9. As of [date of entry into force of this Directive] the Commission in cooperation with the Member States shall organise stakeholder dialogues to discuss best practices for the cooperation between the online content sharing service providers and rightholders. The Commission shall, in consultation with online content sharing service providers, rightholders, users associations and other relevant stakeholders and taking into account the results of the stakeholder dialogues, issue guidance on the application of Article 13 in particular regarding cooperation referred to in paragraph 4. When discussing the best practices, special account shall be taken, among others, of the need to balance the fundamental rights and the use of exceptions and limitations. For the purpose of this stakeholders dialogue, users associations shall have access to adequate information from online content sharing service providers on the functioning of their practices with regard to paragraph 4.

### CHAPTER 3

#### Fair remuneration in exploitation contracts of authors and performers

##### *Article -14*

##### *Principle of appropriate and proportionate remuneration*

1. Member States shall ensure that when authors and performers license or transfer their exclusive rights for the exploitation of their works or other subject matter they are entitled to receive appropriate and proportionate remuneration.
2. In the implementation of this principle into national law, Member States shall be free to use different mechanisms and take into account the principle of contractual freedom and a fair balance of rights and interests.

##### *Article 14*

##### *Transparency obligation*

1. Member States shall ensure that authors and performers receive on a regular basis, at least once a year, and taking into account the specificities of each sector up to date, relevant and comprehensive information on the exploitation of their works and performances from those to whom they have licensed or transferred their rights or their successors in title, notably as regards modes of exploitation, all revenues generated and remuneration due.
  - 1a. Member States shall ensure that where the rights referred to in paragraph 1 have subsequently been licensed, authors and performers or their representatives shall, at their request, receive from sub-licensees additional information if their first contractual counterpart does not hold all the information that would be necessary for the purposes of paragraph 1. Where this information is requested, the first contractual counterpart of authors and performers shall provide information on the identity of those sub-licensees. Member States may provide that any such request to those sub-licensees is made directly or indirectly through the contractual counterpart of the author or the performer.
2. The obligation in paragraph 1 shall be proportionate and effective to ensure a high level of transparency in every sector. Member States may provide that in duly justified cases where the administrative burden resulting from the obligation in paragraph 1 would become disproportionate in view of the revenues generated by the exploitation of the work or performance, the obligation is limited to the types and level of information that can reasonably be expected in such cases.

3. Member States may decide that the obligation in paragraph 1 does not apply when the contribution of the author or performer is not significant having regard to the overall work or performance, unless the author or performer demonstrates that he requires the information for exercising his rights under Article 15(1) and requests the information for that purpose.

3a. Member States may provide that for agreements subject to or based on collective bargaining agreements the transparency rules of the relevant collective bargaining agreement are applicable provided that they meet the criteria laid down in paragraphs 1 to 3.

4. When Article 18 of Directive 2014/26/EU is applicable, the obligation laid down in paragraph 1 shall not apply in respect of agreements concluded by entities defined in Article 3(a) and (b) of Directive 2014/26/EU or by other entities subject to the national rules implementing Directive 2014/26/EU.

### ***Article 15*** ***Contract adjustment mechanism***

1. Member States shall ensure, in the absence of an applicable collective bargaining agreement providing for a comparable mechanism, that authors and performers or their representatives are entitled to claim additional, appropriate and fair remuneration from the party with whom they entered into a contract for the exploitation of the rights or their successors in title, when the remuneration originally agreed turns out to be disproportionately low compared to all the subsequent relevant revenues and derived from the exploitation of the works or performances.

2. Paragraph 1 shall not be applicable to agreements concluded by entities defined in Article 3(a) and (b) of Directive 2014/26/EU or by other entities which are already subject to the national rules implementing Directive 2014/26/EU.

### ***Article 16*** ***Dispute resolution procedure***

Member States shall provide that disputes concerning the transparency obligation under Article 14 and the contract adjustment mechanism under Article 15 may be submitted to a voluntary, alternative dispute resolution procedure. Member States shall ensure that representative organisations of authors and performers may initiate such procedures at the specific request of one or more authors and performers.

### ***Article 16a*** ***Right of revocation***

1. Member States shall ensure that where an author or a performer has licensed or transferred her or his rights concerning a work or other protected subject-matter on an exclusive basis, the author or performer may revoke in whole or in part the licence or the transfer of rights where there is a lack of exploitation of the work or other protected subject-matter.

2. Specific provisions for the mechanism for revocation may be provided for in national law taking into account

(a) the specificities of the different sectors and the different types of works and performances; and

(b) where a work or other subject-matter contains the contribution of more than one author or performer, the relative importance of the individual contributions and the legitimate interests of all authors and performers affected by the exercise of the revocation mechanism by an individual author or performer.

Member States may exclude works or other subject matter from the application of the mechanism if such works or subject matter usually contain contributions of a plurality of authors or performers.

Member States may provide that the revocation mechanism shall be exercised only within a specific time frame, where this is duly justified by the specificities of the sector, type of work or protected subject matter concerned.

Member States may provide that that authors or performers may choose to terminate the exclusivity of the contract instead of revoking the rights.

3. Member States shall provide that the revocation provided for in paragraph 1 may be exercised only after a reasonable time after the conclusion of the licence or transfer agreement. The author or performer shall notify the person to whom the rights have been licensed or transferred and set an appropriate deadline by which the exploitation of the licensed or transferred rights is to take place. After the expiration of that deadline, the author or performer may choose to terminate the exclusivity of the contract instead of revoking the license or the transfer.

4. Paragraph 1 shall not apply if the non-exercise of the rights is predominantly due to circumstances which the author or the performer can be reasonably expected to remedy.

5. Member States may provide that any contractual provision derogating from the revocation mechanism shall be enforceable only if it is based on a collective bargaining agreement.

### ***Article 16a*** ***Common provisions***

1. Member States shall ensure that any contractual provision which prevents the compliance with the provisions in this Chapter(\*) shall be unenforceable in relation to authors and performers.

*[(\*)Note to lawyer linguists: 'Chapter' refers to Articles 14, 15 and 16, ie the provisions of the initial Commission proposal]*

2. Member States shall provide that Articles 14 to 16a(\*\*) of this Directive do not apply to authors of a computer program in the sense of Article 2 of Directive 2009/24/EC of the European Parliament and of the Council of 23 April 2009 on the legal protection of computer programs.<sup>7</sup>

*[(\*\*) Note to lawyer linguists: The reference to Article 16a here should be understood as reference to Article 16a on revocation right)]*

## TITLE V FINAL PROVISIONS

### ***Article 17*** ***Amendments to other directives***

1. Directive 96/9/EC is amended as follows:

(a) In Article 6(2), point (b) is replaced by the following:

"(b) where there is use for the sole purpose of illustration for teaching or scientific research, as long as the source is indicated and to the extent justified by the non-commercial purpose to be achieved, without prejudice to the exceptions and the limitation provided for in Directive [this Directive];"

(b) In Article 9, point (b) is replaced by the following:

---

<sup>7</sup> Directive 2009/24/EC of the European Parliament and of the Council of 23 April 2009 on the legal protection of computer programs (Codified version), OJ L 111, 5.5.2009, p. 16-22.

"(b) in the case of extraction for the purposes of illustration for teaching or scientific research, as long as the source is indicated and to the extent justified by the non-commercial purpose to be achieved, without prejudice to the exceptions and the limitation provided for in Directive [this Directive];"

2. Directive 2001/29/EC is amended as follows:

(a) In Article 5(2), point (c) is replaced by the following:

"(c) in respect of specific acts of reproduction made by publicly accessible libraries, educational establishments or museums, or by archives, which are not for direct or indirect economic or commercial advantage, without prejudice to the exception provided for in Directive [this Directive];"

(b) In Article 5(3), point (a) is replaced by the following:

"(a) use for the sole purpose of illustration for teaching or scientific research, as long as the source, including the author's name, is indicated, unless this turns out to be impossible and to the extent justified by the non-commercial purpose to be achieved, without prejudice to the exceptions and the limitation provided for in Directive [this Directive];"

(c) In Article 12(4), the following points are added:

"(e) to examine the impact of the transposition of Directive [this Directive] on the functioning of the internal market and to highlight any transposition difficulties;

(f) to facilitate the exchange of information on the relevant developments in legislation and case law as well as on the practical application of the measures taken by Member States to implement Directive [this Directive];

(g) to discuss any other questions arising from the application of Directive [this Directive]."

#### ***Article 17 a***

Member States may adopt or maintain in force broader provisions, compatible with the exceptions and limitations set out in Directives 96/9/EC and 2001/29/EC, for uses or fields covered by the exceptions or limitations provided for in this Directive.

#### ***Article 18***

##### ***Application in time***

1. This Directive shall apply in respect of all works and other subject-matter which are protected by the Member States' legislation in the field of copyright on or after [the date mentioned in Article 21(1)].

2. [Deleted]

3. This Directive shall apply without prejudice to any acts concluded and rights acquired before [the date mentioned in Article 21(1)].

#### ***Article 19***

##### ***Transitional provision***

Agreements for the licence or transfer of rights of authors and performers shall be subject to the transparency obligation in Article 14 as from [one year after the date mentioned in Article 21(1)].

#### ***Article 20***

##### ***Protection of personal data***

The processing of personal data carried out within the framework of this Directive shall be carried out in compliance with Directives 95/46/EC and 2002/58/EC.

**Article 21**  
**Transposition**

1. Member States shall bring into force the laws, regulations and administrative provisions necessary to comply with this Directive by 24 months after entry into force] at the latest. They shall forthwith communicate to the Commission the text of those provisions. When Member States adopt those provisions, they shall contain a reference to this Directive or be accompanied by such a reference on the occasion of their official publication. Member States shall determine how such reference is to be made.
2. Member States shall communicate to the Commission the text of the main provisions of national law which they adopt in the field covered by this Directive.

**Article 22**  
**Review**

1. No sooner than *[five years after the date mentioned in Article 21(1)]*, the Commission shall carry out a review of this Directive and present a report on the main findings to the European Parliament, the Council and the European Economic and Social Committee. The Commission shall, by *[three years after the end of transposition deadline set out in Article 21(1)]*, assess the impact of the specific liability regime of Article 13 applicable to online content sharing service providers which have an annual turnover of less than EUR 10 million and whose services have been available to the public in the Union for less than three years under(4aa) and, if appropriate, take action in accordance with the conclusions of its assessment.
2. Member States shall provide the Commission with the necessary information for the preparation of the report referred to in paragraph 1.

**Article 23**  
**Entry into force**

This Directive shall enter into force on the twentieth day following that of its publication in the *Official Journal of the European Union*.

**Article 24**  
**Addressees**

This Directive is addressed to the Member States.

Done at Brussels,

*For the European Parliament*  
*The President*

*For the Council*  
*The President*

